FH-SF-01-054

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 55 bis 60:

~~Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei , die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein. Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.~~

Gesetzesverschärfungen sparen kein Personal, sondern ziehen im Vollzug Personalanforderungen nach sich. Deswegen ist die von der Union stets weiter vorangetriebene Repressionsspirale kontraproduktiv und erzeugt gerade das Gegenteil des Bezweckten. Mehr Personal mit guter Ausstattung, der sinnvolle Einsatz des Personals und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei , die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, verbessert direkt die Sicherheitslage.
Neueinstellungen werden den Personalbedarf der Polizeien in Bund und Ländern angesichts der bevorstehenden Pensionierungswellen und geburtenschwachen Jahrgängen aber nur unzureichend decken können. Deswegen wollen wir die Arbeitslast der Polizei einer kritischen Überprüfung unterziehen. Wir versprechen uns z.B. von einer Entschlackung des Strafgesetzbuchs in Bagatellbereich eine erhebliche Freisetzung von Ressourcen, die für die Verfolgung wirklich sozialschädlicher Kriminalität und der Terrorbekämpfung dringend gebraucht werden.
Eine Stärkung der Polizei muss zudem Hand in Hand laufen mit der Stärkung der Justitz, wo die Ergebnisse der Polizeiarbeit letztlich umgesetzt werden müssen. Auch bei der Justiz besteht erheblicher Nachholbedarf.

Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.

Begründung

A.) Kernproblem ist die Frage des Personaleinsatzes. Wenn die beispielsweise die Verfolgung von Vermögensdelikten im Internet mit minimalen Schäden bereits eine Arbeitslast von Tausenden Anzeigen p.a. erzeugt, die von ausgebildeten Kriminalbeamten verwaltet und anschließend von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden müssen, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Personaleinsatzes. Erst recht stellt sich die Frage dann, wenn der Personalbedarf nicht mehr durch Neueinstellungen gedeckt werden kann. Die Entschlackung des StGB im Bagatellbereich ist Sache des Bundesrechts und eine höchst sinnvolle Forderung, um erfahrenes Personal für die wirklich verfolgungswürdige Kriminalität freizubekommen.

B.) Die Forderung nach Rund-um-die-Uhr-Überwachung von Gefährdern ist schlicht personell nicht leistbar und Unsinn. Dieses dünne Brett sollten wir der Union überlassen, deren Inkompetenz im Innenbereich damit gut nachweisbar ist. Zumal der Begriff eines "Gefährders" aus rechtsstaatlicher Sicht schon spannend genug ist. Ein "Gefährder" ist ein Mensch, der noch nichts gemacht hat, den man aber für fähig hält, dass er was macht... Wollen wir Grünen als Rechtsstaats- und Bürgerrechtspartei und allen Ernstes auf dieses dünne Brett begeben?

C.) Die vorzüglichst bearbeitete polizeiliche Akte wird dann nutzlos bei der Staatsanwaltschaft verstauben, wenn sie aus Personalmangel bei der Staatsanwaltschaft nicht bearbeitet und angeklagt werden kann. Und wenn die Anklage der Staatsanwaltschaft mangels einer ausreichenden Zahl von Richtern im Gericht verstaubt, wird auch das nicht helfen, die innere Sicherheit zu stärken.
Die Strafverfolgung ist eine Kette, die nur so stark ist, wie ihr schwächstes Glied.
Personalverstärkungen bei der Polizei müssen Hand in Hand gehen mit Verstärkungen bei der Justiz.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Axel Vogel (Barnim KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Frank Voßnacker (Havelland KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Carsten Bauer (Bremen-Nordost KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV)